

## Kärntner Slowenen – Eine Konfliktgeschichte (4)

### Gewalt und Assimilation

Das politische Erbe und der Siegeszug des nationalen Prinzips führten dazu, daß sofort nach dem Zerfall Österreich-Ungarns von beiden Seiten militärische Mittel eingesetzt wurden. Die Kärntner Grenzkämpfe, von der Kärntner Geschichtsschreibung als "Abwehrkampf", von der Geschichtsschreibung Sloweniens als "Kampf um die Nordgrenze" bezeichnet, forderten in den Jahren 1918/19 an die 425 Tote, davon 273 auf "deutscher" Seite. Unter Arbitrage der USA wurde zwischen den Kampfparteien eine Demarkationslinie festgelegt. Der Staatsvertrag von St. Germain 1919 legte – in teilweiser Abänderung des alten Kärntner Grenzverlaufs – die Staatsgrenze zwischen Österreich, Italien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) fest. In dem mehrheitlich von Slowenen bewohnten Teilen Kärntnens wurde eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit dieses Territorium zu Österreich oder zu Jugoslawien angeordnet. Dieses Plebiszit fand am 10. Oktober 1920 statt. 59,04% der gültigen Stimmen entfielen auf die Republik Österreich und 40,96% auf das Königreich SHS.

Die Republik Österreich, die sich im November 1918 den Namen Deutsch-Österreich gab, verstand sich als deutscher Nationalstaat. Gerade die Kärntner politischen Eliten ließen daran keine Zweifel aufkommen. Die endgültige Assimilation der Kärntner Slowenen wurde öffentlich zum mittelfristigen Ziel erklärt. Einige Wochen nach der Volksabstimmung verkündete der Kärntner Landesverweser Arthur Lemisch den "Erziehungsplan" für all jene, die für den Anschluß an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gestimmt hatten. Vor allem mahnte er bei der kirchlichen Führung die intensive Mitarbeit am "Heilungswerk" ein. Lemisch betonte, daß die öffentliche Verwaltung "hinsichtlich der Schule" tun werde, was sie könne. "Mit deutscher Kultur und Kärntner Gemütlichkeit" solle "in einem Menschenalter die [...] vorgesteckte Arbeit geleistet" werden. Eine der ersten Maßnahmen waren Säuberungen unter den mit Jugoslawien sympathisierenden Geistlichen, Lehrern und Beamten.

\*

Im zwanzigsten Jahrhundert eskalierte der Nationalismus zur lebensbedrohenden Bewegung. Der "Anschluß" an das Dritte Reich 1938 brachte den Kärntner Slowenen eine weitere Verschärfung der Assimilationspolitik. In Kärnten entwickelte sich eine besondere Variante, die eine Assimilation auch unter den Bedingungen der Herrschaft des Rassismus ermöglichte. Von den regionalen Repräsentanten der nazistischen Gewaltregimes wurde von den slowenischsprachigen Landsleuten "nur" die Aufgabe der Sprache - auch in der Mundartform, dem sogenannten Windischen - verlangt. "Mit dem Gebrauch der windischen Umgangssprache muß einmal Schluß gemacht werden und zwar auch im privaten Verkehr. In dem Gebiet nördlich der Karawanken muß deutsch gesprochen werden; mit allen Mitteln ist das durchzusetzen." So äußerte sich 1942 einer der Hauptrepräsentanten der slowenenfeindlichen Politik, Alois Maier-Kaibitsch. Zu diesem Zeitpunkt war die lokale slowenische Elite bereits von Arbeitsplatz und Besitz vertrieben worden. Eine umfassende Verhaftungswelle setzte im April 1941 ein, parallel zum Eroberungsfeldzug Hitlerdeutschlands gegen Jugoslawien. Betroffen waren vor allem katholische Priester, die das Siedlungsgebiet der slowenischen Volksgruppe verlassen mußten. Ein Jahr später fielen an die dreihundert Familien, der Großteil der lokalen slowenischen bäuerlichen Führungsschicht, der Vertreibungswelle zum Opfer. In Kärnten wurden alle slowenischen Organisationen aufgelöst und verboten, die slowenische Sprache aus der Öffentlichkeit verbannt. Trotzdem entwickelte sich der antinazistische Widerstand. In enger Verbindung mit

dem jugoslawischen Partisanenkampf wurde in Kärnten ein Guerillakrieg mit nationalen Vorzeichen und internationaler Beteiligung geführt. Am 25. August 1942 kam es bei Robesch (in der Nähe von Gallizien) zum ersten Zusammenstoß zwischen Partisanen und einer SS-Einheit. Bis zum Mai 1945 folgten zahlreiche kleinere und größere bewaffnete Aktionen, die hunderte Tote und Verwundete auf beiden Seiten forderten. In den Partisaneneinheiten kämpften auch Fremdarbeiter, befreite und geflohene Kriegsgefangene. Viele Deutschsprachige sahen in den slowenischen Aufständischen nicht Kämpfer gegen ein verbrecherisches System, sondern Verfechter eines künftigen kommunistischen jugoslawischen Staates. Während des Krieges und in der ersten Nachkriegstagen wurden von Anhängern der Widerstandsbewegung und den einrückenden Einheiten der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee einige lokale Repräsentanten und Anhänger des Naziregimes und Deutschnationalismus festgenommen und ohne Gerichtsverfahren getötet. Das warf einen nachhaltigen Schatten auf die interethnischen Beziehungen in Kärnten.

Nach der Niederlage Nazideutschlands blieb die Kärntner Nationalitäten- und Grenzfrage weiter aktuell. Das kommunistische Jugoslawien forderte unter Berufung auf die Existenz von Slowenen in den Bundesländern Kärnten und Steiermark eine Korrektur der Staatsgrenze mit Österreich. Erst 1949 wiesen die Siegermächte die jugoslawischen Gebietsforderungen endgültig zurück. Im Artikel 7 des „Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“ vom 15. Mai 1955 wurden jedoch die „Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten“ festgeschrieben.

\*

Weder die Niederlage des Nationalsozialismus, noch die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages brachten in Kärnten einen entscheidenden Paradigmenwechsel der Minderheitenpolitik. Die minderheitenfeindliche Grundstimmung war in weiten Kreisen der Bevölkerung latent vorhanden, immer wieder kam es zu nationalistischen Eskalationen. Große Teile der (Südost)kärntner Bevölkerung leisteten Widerstand gegen die Minderheitenrechte im Elementarschulbereich (1958, 1976, 1986) und gegen die Aufstellung zweisprachiger topographischer Aufschriften (1972).

Im Kärntner Nationalitätenkonflikt steht seit langem die Volksschule im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Öffentliche Diskussionen um die Unterrichtssprache in slowenischen Gemeinden gibt es seit 1848, vermehrt aber seit Einsetzen der Demokratisierung des politischen Lebens in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Einen Markstein stellte das Reichsvolksschulgesetz des Jahres 1869 dar, mit dem der Landesschulrat die entscheidende Einflußgewalt auf die Unterrichtssprache bekam. Da der Kärntner Landesschulrat von Deutschliberalen dominiert wurde, begann mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Zeit der planmäßigen Mißachtung des Slowenischen in der Schule. Es wurde zur Hilfssprache degradiert. Der entsprechende Schultyp wurde "utraquistische Volksschule" genannt, womit die Zweisprachigkeit im Unterricht ausgedrückt werden sollte. Oberstes Bildungsziel war jedoch die Vermittlung des Deutschen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der slowenischen Schriftsprache. Dem Slowenischen wurde überhaupt der Charakter einer Kultursprache abgesprochen und so dem Analphabetismus in der Muttersprache der Kinder Vorschub geleistet.

Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurde in Kärnten der Slowenischunterricht völlig eliminiert. Im Herbst 1945 führte die Kärntner Landesregierung im Südosten des Landes eine innovative zweisprachige Volksschule ein. Sämtliche Schüler eines genau festgelegten Gebietes sollten Deutsch und Slowenisch (er)lernen. In Teilen der deutschnational eingestellten Bevölkerung regten sich Proteste gegen diese Regelung praktisch von Beginn an. Zu Fall gebracht wurde der obligate zweisprachige Unterricht im Jahre 1958.

Seit Inkrafttreten des Minderheiten-Schulgesetzes (1959) gilt in allen Volksschulen Deutsch als Unterrichtssprache, soweit die Erziehungsberechtigten ihre Kinder nicht ausdrücklich zum zweisprachigen Unterricht anmelden. Allerdings blieb auch nach dem Jahre 1959 die Position des Slowenischen in den Schulen politisch umstritten. Der deutschnationale Kärntner Heimatdienst forderte die Trennung der Volksschulen nach Unterrichtssprachen. Im Jahre 1984 erzwang er die Durchführung eines Volksbegehrens. Nach zwei Jahren Schuldiskussion wurde vom österreichischen Parlament das Minderheiten-Schulgesetz novelliert. Niedrige Klassenschülerzahlen und zusätzliche Lehrer sollten eine weitestgehende Entflechtung des deutsch- und slowenischsprachigen Unterrichts ermöglichen. Die grundsätzliche Forderung des Kärntner Heimatdienstes nach getrennten Schulen wurde jedoch nicht erfüllt.

Im Jahre 1957 wurde in Klagenfurt das Bundesgymnasium für Slowenen gegründet, im Jahre 1989 folgte die Private Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe (St. Peter bei St. Jakob im Rosental), im Jahre 1990 die Zweisprachige Bundeshandelsakademie (Klagenfurt). Alle drei höheren Schulen tragen dazu bei, daß sich im Bildungssektor für die Volksgruppe viel zum Besseren entwickelte. Die Lage im Vorschulbereich ist jedoch unzufriedenstellend. Viele Gemeinden weigern sich beharrlich, zweisprachige Kindergartengruppen einzurichten. Mitte der achtziger Jahre setzte in Kärnten eine Entwicklung ein, die von vielen als nationale und politische Bedrohung betrachtet wurde. Erfolgreiche jugoslawische Wirtschaftsbetriebe (zumeist aus der Teilrepublik Slowenien) wollten sich im innerjugoslawischen und internationalen Konkurrenzkampf Vorteile verschaffen und gründeten in Kärnten Niederlassungen. Einige hundert Arbeitsplätze entstanden im grenznahen Raum. Der Kärntner Heimatdienst machte diese Betriebe zur Zielscheibe seiner Agitation. Die Wirtschaftskrise und schließlich der Zerfall Jugoslawiens brachte den meisten dieser Betriebe das Ende. Jahrzehntlang ist in Kärnten der Streit um öffentlich angebrachte Symbole der Zweisprachigkeit zu beobachten. Während des Zweiten Weltkrieges wurde amtlich angeordnet, alle slowenischen Aufschriften – selbst auf Grabstätten – zu entfernen. In den siebziger Jahren eskalierte der Aufschriftenstreit aufs Neue. Seit 1970 protestierten slowenische Jugendliche mit nächtlichen „Schmieraktionen“ gegen die Mißachtung der Bestimmungen des Minderheitenschutzartikels des Österreichischen Staatsvertrages. Landeshauptmann Hans Sima und Bundeskanzler Bruno Kreisky rangen sich 1972 zum sogenannten Ortstafelgesetz durch, das für 205 Kärntner Orte (etwa ein Viertel der Siedlungen im sprachlich gemischten Gebiet) zweisprachige Ortstafeln vorsah. Eine unerwartet aggressive Ablehnungsfront formierte sich. Die zweisprachigen Ortstafeln wurden als Demütigung und Beleidigung „Deutschkärntens“ angesehen. Die nationale Euphorie steigerte sich, und wie in einem Eroberungszug wurden alle Ortstafeln entfernt und (soweit sie nicht als Trophäen in Privatsammlungen verschwanden) triumphal nach Klagenfurt vor der Landesregierung deponiert. Kreisky nannte den Ortstafelsturm die größte neonazistische Demonstration in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg. Sima wurde von der eigenen (Sozialistischen) Partei aus all seinen Funktionen entfernt und zu einer "Persona non grata" gemacht.

\*

Durch die globalen politischen Veränderungen nach 1989 entspannte sich in Kärnten und Slowenien die Lage. Die Kärntner Minderheitenfrage ist kein beherrschendes Thema der Landespolitik mehr, was gelegentliche Irritationen der Beziehungen zwischen Kärnten und Slowenien nicht ausschließt. Bezeichnenderweise sind es wieder Nationalitätenfragen (das Schicksal der Deutschen in der Republik Slowenien), die von der Kärntner Landespolitik auf die Tagesordnung der diplomatischen Verhandlungen zwischen Österreich und dem südöstlichen Nachbarn gesetzt werden. Ein minderheitenfeindliches Potential ist im Lande nach wie vor vorhanden. Das zeigen schon die Ergebnisse der Landtagswahlen.

Das zahlenmäßige Stärkeverhältnis der ethnischen Gruppen hat sich inzwischen dramatisch verschoben. Anlässlich der Volkszählung 1991 gaben nur noch ungefähr 15.000 (oder knapp 3%) Kärntner Slowenisch als Umgangssprache an. Vor einhundert Jahren waren es innerhalb der heutigen Kärntner Grenzen noch knapp 85.000 (was einem Anteil von 25,5% entsprach) gewesen.

Theodor Domej